

IN KÜRZE



**Diebe sprengen Sparkassen-Filiale**

**PROFEN/MZ/YVE** - Ohne Beute endete eine Sprengung der Sparkassen-Filiale in Profen im Burgenlandkreis. Wie die Polizei mitteilt, hatten Unbekannte am Freitag gegen 3 Uhr den Geldautomat in der Filiale gesprengt und waren dann mit einem Pkw geflüchtet. Es sei ihnen nicht gelungen, Geld zu erbeuten. Das Gebäude wurde zerstört und wird nicht wieder aufgebaut. **FOTO: Y. MENHARDT**

**Europa soll Bau der A 143 stoppen**

**HALLE/MZ** - Die Bürgerinitiative Saaletal und der Nabu haben Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Kommission eingeleitet. 2019 war vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig die Klage gegen den Bau des A-143-Lückenschlusses gescheitert. Die Bürgerinitiative beanstandet, dass es dabei noch einer übergeordneten, europäischen Einschätzung durch den Europäischen Gerichtshof bedürftig hätte, weil die Klage europäische Umweltschutzregelungen betroffen habe. Die Bürgerinitiative will nun einen Bau-stopp der A 143 erwirken.

**Im Gewerbe ist mehr Bewegung**

**HALLE/DPA** - In Sachsen-Anhalt sind in den ersten drei Quartalen etwas mehr Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen registriert worden. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum wurde ein Plus von 0,7 Prozent bei den Anmeldungen und eines von 0,4 Prozent bei Abmeldungen erfasst, teilte das Statistische Landesamt am Freitag mit. In der Summe seien bis Ende September dieses Jahres 8.293 Gewerbe neu angemeldet und 7.264 Gewerbe abgemeldet worden.

**Polizei stellt Drogen sicher**

**STENDAL/DPA** - Bei Durchsuchungen in Stendal hat die Polizei mehrere Kilogramm Betäubungsmittel gefunden. Zudem sei am Donnerstag Bargeld im

vierstelligen Bereich beschlagnahmt worden, teilte die Polizeiinspektion Stendal am Freitag mit. Mehrere Beschuldigte zwischen 19 und 23 Jahre stünden im Verdacht, in mehreren Fällen mit Drogen gehandelt zu haben. Zwei Verdächtige wurden vorläufig festgenommen.

**Staatskanzlei fördert Erinnerung**

**STOLBERG/DPA** - Die Vorbereitungen für zwei geschichtsträchtige Jubiläen in Sachsen-Anhalt nehmen Gestalt an. Das Land stellt dafür insgesamt 1,8 Millionen Euro bereit, teilte die Staatskanzlei am Freitag mit. Im Jahr 2025 wird an 500 Jahre Bauernkrieg und an den 500. Todestag des Reformators Thomas Müntzer erinnert. Landeskulturminister Rainer Rohra (CDU) übergab dafür zwei Fördermittelbescheide an den Landrat des Landkreises Mansfeld-Südharz, André Schröder (CDU).

**Land sucht Innovationen**

**MAGDEBURG/DPA** - Sachsen-Anhalt ist wieder auf der Suche nach preiswürdigen, zukunftsweisenden Innovationen aus Wissenschaft, Industrie und Handwerk. Dazu hat Wissenschaftsminister Armin Willingmann (SPD) am Freitag die Neuausgabe für den „Hugo Junkers Preis für Forschung und Innovation aus Sachsen-Anhalt 2023“ gestartet, wie sein Ministerium mitteilte. Der Preis werde in vier Kategorien vergeben und sei mit 80.000 Euro dotiert. Bewerbungen sind bis zum 11. Januar 2023 möglich.

AUFGEFALLEN

**Schönbohm will Posten zurück klagern**

Der Konflikt um den Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, geht in die nächste Runde. Schönbohm reichte beim Verwaltungsgericht Köln einen Eilantrag dagegen ein, dass ihm die Führung der Dienstgeschäfte untersagt wurde, wie der zuständige Richter bestätigte. In dem Schreiben bestritten Schönbohms Anwälte die vom Bundesinnenministerium erhobenen Vorwürfe und forderten eine Aufhebung des Arbeitsverbots, berichtete der „Spiegel“ am Freitag. Das Kölner Gericht habe dem Ministerium eine zweiwöchige Frist zur Stellungnahme einge-räumt.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte Schönbohm Mitte Oktober die Führung der Dienstgeschäfte mit sofortiger Wirkung untersagt. Hintergrund sind Vorwürfe, dass der Behördenchef Kontakte zu einem fragwürdigen Verein mit angeblichen Verbindungen zu russischen Geheimdienstkreisen hatte. Wesentlich beteiligt an den Vorwürfen war das „ZDF Magazin Royale“ von Jan Böhmermann. **FOTO: DPA**

**Gott fehlt im Stundenplan**

**BILDUNG** Vor knapp 30 Jahren kehrte der Religionsunterricht zurück. Flächendeckend verbreitet ist er bis heute nur an Gymnasien – es fehlt an qualifizierten Lehrern.

VON HAGEN EICHLER

**MAGDEBURG/MZ** - Die Erwartungen an das neue Fach waren groß: Nach der religionsfeindlichen DDR-Schule sollten die Kinder wieder etwas über den Glauben und dessen Geschichte lernen – das gaben viele Sachsen-Anhalter im Sommer 1992 bei einer Umfrage zu Protokoll. Das Angebot könne Kinder festigen, sie „von der Straße und den Drogen wegbringen“, so die damalige Hoffnung auf eine Rückkehr des Religionsunterrichts. Stolz 73 Prozent gaben an, sie würden ihre Kinder bei Wahlfreiheit anmelden. 30 Jahre später ist von diesem riesigen Interesse nicht viel übrig: Aktuell nehmen 15 Prozent aller Schüler am „Reli“-Unterricht teil, Tendenz sinkend.

Die Außenseiterposition des Fachs ist einerseits ein Spiegel der Bevölkerung: Christen sind in Sachsen-Anhalt eine Minderheit von 15 Prozent. Nach Einschätzung der Kirchen fehlt es aber auch am Angebot. Am meisten verbreitet ist noch der evangelische Religionsunterricht – doch auch diesen können nach einer Erhebung des halleischen Theologieprofessors Michael Domsge nur 63 Prozent aller Sekundarschulen und 73 Prozent aller Grundschulen anbieten.

**Ein Angebot, keine Pflicht**

Flächendeckend vorhanden ist das Fach lediglich an den Gymnasien, wie die 2019 erhobenen Daten belegen. Damit bleibt das Land hinter seiner eigenen Verfassung zurück. Ihr zufolge ist Religion ebenso wie Ethik ein ordentliches Schulfach, kein freiwilliges Zusatzangebot. „Der Religionsunterricht hat in der Landesverfassung und im Grundgesetz eine starke rechtliche Stellung, ist aber de facto gar nicht flächendeckend verfügbar“, bedauert Domsge. „Das ist eine missliche Situation.“

Der aktuell in amerikanischen Princeton (New Jersey) forschende Theologe glaubt, dass das Schulfach Wichtiges zur Bildung beitragen kann. „Die Schülerinnen und Schüler bekommen ein Deutungsangebot für ihr Leben, ohne dass es ihnen verordnet wird“, sagte er. „Aus meiner Sicht ist es durchaus auch ein Bildungserfolg, wenn jemand zu Religion begründet Nein sagen kann.“ Zudem könnten christliche und nichtchristliche Schüler lernen, Differenzen auszuhalten.

Auch Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) ist voll des Lobes. Religionsunterricht sei „ein echter Segen“, sagte sie der MZ – „dort, wo er stattfindet beziehungsweise angeboten werden kann“, wie sie einschränkt.



Drittklässler mit Bibel: Das Fach soll Antworten liefern, die Duden und Taschenrechner offenlassen. **FOTO: IMAGO**

Es gehe um Antworten auf die großen Fragen des Lebens, urteilt Feußner. „Tafelwerk, Periodensystem, Duden und Taschenrechner allein können eben keine – im wahrsten Sinne des Wortes: glaubwürdigen – Antworten auf die fundamentalen Sinn- und Seinsfragen geben, die letztlich uns Menschen innewohnen.“ Ihr sei nicht bange, dass es das Fach auch noch in 30 Jahren geben werde – „in quantitativer Hinsicht dann vielleicht zwar immer noch nicht so, wie wir es vor

30 Jahren erwartet haben, aber auf alle Fälle als Gewinn und zum Nutzen für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler“.

Auch viele Schulen sehen einen Mehrwert. „Das Fach liefert wichtige Impulse für das Schulleben“, findet etwa Steffen Schmidt, Leiter des Dr.-Frank-Gymnasiums in Staßfurt (Salzlandkreis). Das Krippenspiel vor Weihnachten, die Einrichtung eines Raums der Stille – all das sei zusammen mit dem evangelischen Religionslehrer und Schulpfarrer gelungen. Ministerin Feußner ist überzeugt, dass der Religionsunterricht nicht nur bei Schülern aus christlichen Familien gut ankommt.

1993 hatte der Landtag mit dem neuen Schulgesetz Religionsunterricht auf die Stundentafel zurückgeholt – gleichzeitig mit dem nichtreligiösen Alternativfach Ethik. Der damalige Kultusminister Werner Sobetzko (CDU) bat allerdings um Geduld: Bis genügend Lehrer ausgebildet seien, werde es dauern. „Flächendeckend“ würden die beiden wertebildenden Fächer dann „in vier bis fünf Jahren“ unterrichtet, glaubte Sobetzko damals.

Dass das Versprechen bis heute nicht eingehalten ist, stößt bei den Kirchen auf Bedauern. „Aktu-

ell sind in Sachsen-Anhalt mehr als 1.000 Kinder für Religionsunterricht angemeldet, die gar nicht beschult werden“, sagte Landesbischof Friedrich Kramer der MZ. Im Sommer hatte er mit Ministerin Feußner mehrere Schulen besucht. Wegen des massiven Lehrermangels würden Religionslehrer eher in anderen Fächern eingesetzt. „Dafür haben wir leider noch keine Lösung“, zieht Kramer Bilanz.

**Auch Pfarrer werden rar**

Abgedeckt wird der Unterricht von 336 staatlichen Lehrkräften und 127 kirchlichen Mitarbeitern, also Pfarrern oder Gemeindepädagogen. Eigenes Personal zu entsenden fällt den Gemeinden allerdings immer schwerer – sie haben selbst Fachkräftemangel.

Im aktuellen Schuljahr besuchen in den allgemeinbildenden Schulen rund 26.000 Kinder und Jugendliche evangelischen Religionsunterricht, rund 1.000 das katholische Gegenstück. Hinzu kommen zehn Kinder im jüdischen Religionsunterricht – das Angebot gibt es seit einem Jahr in einer halleischen Grundschule. Unterricht speziell für muslimische Kinder gibt es hingegen bis heute nicht. **» Kommentar Seite 8**



„Mehr als 1.000 angemeldete Kinder werden nicht beschult.“

**Friedrich Kramer**  
Evangelischer Landesbischof  
**FOTO: ANNE HORNEMANN**

**Mütter bleiben zu Hause**

**GESELLSCHAFT** Sind die Kinder krank, ist das meistens Frauensache.

VON DÖRTHHE HEIN

**MAGDEBURG/DPA** - Die Betreuung kranker Kinder ist in Sachsen-Anhalt wieder häufiger Frauensache. Mehrere Krankenkassen haben den Trend festgestellt, dass berufstätige Väter zuletzt seltener Kinderkrankentagegeld in Anspruch genommen haben. Einer Auswertung der AOK als mitgliederstärkster Kasse im Land zufolge haben Mütter vergangenes

Jahr von Januar bis August 70 Prozent aller Tage genommen, im gleichen Zeitraum dieses Jahres waren es 73 Prozent. Insgesamt seien auch mehr Kinderkrankentage in Anspruch genommen worden. Das Plus habe bei der AOK Sachsen-Anhalt bei rund 24 Prozent gelegen.

Die KKI Kaufmännische Krankenkasse meldet den Trend ebenfalls: Die Zahl berufstätiger Väter in Sachsen-Anhalt, die sich für die Betreuung ihrer kranken Kinder freinähmen, sei erstmals gesunken. In den ersten sechs Monaten 2022 seien es 23 Prozent Väter gewesen, die Kinderkrankentagegeld beanspruchten. Im Vorjahreszeitraum habe die Quote noch bei 27 Prozent gele-

gen. Der Anteil der Mütter sei dementsprechend gestiegen.

Einen möglichen Grund sieht die KKI in den Corona-Lockdownen im laufenden Jahr. Sie hätten wieder mehr Normalität in den Kita-, Schul- und Arbeitsalltag gebracht. Im ersten Halbjahr 2022 habe auch nur noch rund je-

der sechste betroffene bei der KKI versicherte Vater in Sachsen-Anhalt pandemiebedingte Kinderkrankentage in Anspruch genommen, im ersten Halbjahr 2021 war es noch mehr als ein Drittel der Väter gewesen.

Auch die Barmer verzeichnete ein Plus bei den Frauen, die das Kinderkrankentagegeld nutzen. Frauen hätten 75 Prozent der Kinderkrankentage in Anspruch genommen, Männer 25 Prozent. „Unsere Analyse zeigt, dass Frauen in den Familien oftmals noch immer die Hauptlast bei der Kinderbetreuung tragen. Sie bleiben deutlich öfter zu Hause und kümmern sich häufiger um die Kinder als die Männer“, erklärte Barmer-Landeschef Axel Wiedemann.

70

PROZENT der Kinderkrankentage nehmen bei der Krankenkasse AOK Frauen in Anspruch. Sie bleiben mit den kranken Kindern zu Hause.